

Diskussionsgrundlage zur
36. ordentlichen Hauptversammlung
des Deutschen Städtetages
vom 3. bis 5. Mai 2011 in Stuttgart

Gereonshaus
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
5. April 2011
Telefon +49 221 3771-0
Durchwahl 3771-2 14
Telefax +49 221 3771-128

E-Mail
Sabine.drees@staedtetag.de

Bearbeitet von
Sabine Drees
Aktenzeichen
83.01.00

Forum E: Starke Städte für Entwicklung und Zusammenhalt – weltweit

Mittwoch, 4. Mai 2011

15:00 Uhr – 17:00 Uhr

Veranstaltungsort:

Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle Stuttgart,
Tagungsräume 11-13

Moderation:

Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen

Einführung:

Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln

Dr. Christoph Beier,
Stellvertretender Vorstandssprecher der Deutschen
Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Podium:

Dr. Christoph Beier,
Stellvertretender Vorstandssprecher der Deutschen
Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln

Marianne Hoffmann,
Behörde für Inneres und Sport, Hamburg

Hilmar von Lojewski,
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Alexander Kreher,
Abteilung Außenbeziehungen, Stuttgart

Betreuung:

Sabine Drees, Referentin beim Deutschen Städtetag

I. Ziele und Ausgangslage

Mit der Einrichtung eines Forums zur weltweiten kommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der Hauptversammlung 2011 bringt der Deutsche Städtetag zum Ausdruck, dass für die Mitgliedstädte des Verbands das zentrale Motto der Veranstaltung „Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten“ auch eine globale Dimension hat. Starke Städte bzw. leistungsfähige selbstverwaltete kommunale Strukturen sind eine wesentliche Voraussetzung für stabile, demokratische Staatswesen.

In seiner 376. Sitzung hat das Präsidium 2009 bereits darauf hingewiesen, dass die Kommunen einen spezifischen Beitrag in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) zur kommunalen Entwicklungspolitik (KEpol) erkennt in seinen Empfehlungen vom Juni 2010 das vorhandene Engagement vieler deutscher Kommunen an und empfiehlt die Einbeziehung der Kommunen in einen staatlichen Mehrebenenansatz. Der EU-Kommissar für Entwicklung, Andris Piebalgs, betonte im Rahmen eines Dialogs mit europäischen Kommunalvertretern Ende März 2011 die enorme Bedeutung der Kommunen in der Daseinsvorsorge und beim Aufbau demokratischer Systeme.

Mehr als 500 Kommunen in Deutschland unterhalten Beziehungen zu Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika, sie sind zeitlich befristete Projektpartnerschaften eingegangen oder sogar Bestandteil eines umfassenden Nord-Süd-Städtenetzwerks geworden. Ohne die Unterstützung der Städte können viele Probleme in der Welt nicht gelöst werden. Zwischen 2009 und 2050 wird die Anzahl der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten von 3,4 bis auf 6,3 Mrd. Menschen steigen. Das bringt enorme demografische Wanderungen mit sich, die einhergehen mit politischen, technischen und gesellschaftlichen Anpassungsprozessen in den Städten. Komplexe, schnell wachsende Städte erfordern ein funktionierendes dezentrales System, weil diese Probleme nicht auf zentraler staatlicher Ebene zu bewältigen sind.

Die Umwälzungen in Nordafrika zeigen ganz deutlich: Kommunen werden zunehmend wichtiger für die Gestaltung der Globalisierung, zum Beispiel als Mediatoren des gesellschaftlichen Interessenausgleichs oder Impulssetzer für demokratische Prozesse. Hier gibt es eine große Notwendigkeit, dezentrale Systeme zu entwickeln und voranzubringen, um die Demokratien aufzubauen und zu stärken. Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der Unruhen in Nordafrika einen „Demokratieförderungsfonds Nordafrika“ in Höhe von 5,25 Mio. Euro aufgelegt. Davon erhalten kirchliche Hilfswerke und die politischen Stiftungen 3,25 Mio. Euro. Inwieweit damit auch Projekte kommunaler Zusammenarbeit zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen gefördert werden sollen, bleibt unklar. Ein Treffen der Kommunen, die Partnerschaften mit tunesischen Kommunen pflegen, Mitte März 2011 in Köln ergab, dass Kommunen bereit sind, ihre kommunalen Partner in Tunesien zu unterstützen. Sie benötigen aber dringend die finanzielle Unterstützung des Staates für ihr Engagement, beispielsweise durch eine Beteiligung an dem oben genannten Fond.

Nicht als Entwicklungshilfe, sondern als Zeichen für Solidarität und Zusammenhalt richten sich aktuell viele Angebote an unsere Partner in Japan. Ein enormes Hilfsangebot stellen deutsche Städte durch die Werbung von Spendengeldern für die laufenden Nothilfen für Japan zur Verfügung. Das japanisch-deutsche Zentrum Berlin und das Auswärtige Amt würdigen die vielfältigen Initiativen der Städte und stellen ihrerseits Koordinierungs- und Beratungsangebote für Städte zur Verfügung, die Spenden weitergeben oder sich am Wiederaufbau beteiligen wollen. Etwas mehr als 50 deutsche Kommunen unterhalten Partnerschaften mit japanischen Kommunen. Diese Partnerbeziehungen sind ein wichtiger Baustein der deutschen kommunalen Hilfe.

II. Kommunen als Partner der nationalen Entwicklungszusammenarbeit

Grundsätzlich sind die Formen der Zusammenarbeit so vielfältig wie die Kommunen selbst. Während sich am Anfang die kommunale Entwicklungszusammenarbeit insbesondere im Rahmen von Städtepartnerschaften abspielte, scheuen sich viele Kommunen heute, formalisierte Partnerschaften einzugehen, und bevorzugen stattdessen Projektpartnerschaften. Zahlreiche Städte leisten humanitäre Hilfe, unterstützen Spendenaktionen oder sie kooperieren mit Durchführungsorganisationen des Staates, wie der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Städte werden als Motor für Dezentralisierung benötigt

Was sind die Aufgaben der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit? Kommunen haben eine große Bedeutung beim Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürgernaher Strukturen in Entwicklungsländern. Überall in der Welt ändern sich die Verhältnisse zwischen nationalen, regionalen und kommunalen Ebenen. Insgesamt gibt es einen Trend zu mehr Dezentralisierung in der „Einen Welt“. So werden nach dem Subsidiaritätsprinzip vermehrt Aufgaben auf die lokale Ebene übertragen. In einer Maßnahme der GIZ werden bereits bestehende Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten (Saarbrücken, Biberach und Ludwigshafen) und kaukasischen Kommunen (Tbilissi und Telavi in Georgien, Sumgait in Aserbaidschan) sowie Vanadzor in Armenien, entwicklungspolitisch genutzt, um selbstverwaltete Strukturen aufzubauen. Städte sind sogar in Krisengebieten in Maßnahmen der Konfliktbewältigung aktiv (Städtediplomatie), denn internationale Beziehungen sind nicht mehr exklusiv den Nationalregierungen vorbehalten. So bleiben oftmals Kontakte von Bürgern zu Bürgern oder von Kommunen zu Kommunen bestehen, auch wenn sich auf nationaler Ebene Spannungen ergeben. Ausdrücklich aufgefordert durch die Stadt Tel Aviv bemüht sich zum Beispiel die Stadt Köln seit 2007 verstärkt um die Durchführung trilateraler Maßnahmen zwischen Köln, Betlehem und Tel Aviv.

Kommunale Facharbeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Kommunen ist die kommunale Facharbeit, die langfristig und nachhaltig in den Stadtverwaltungen erbracht wird, dabei vermitteln kommunale Fachleute ihr Wissen in alle Regionen der Welt. Insgesamt führt der Deutsche Städtetag eine Liste mit mehr als 140 Experten, die für Einsätze in Entwicklungs- und Transformationsländern zur Verfügung stehen. Die Projekte umfassen verschiedene Sachgebiete vom Umwelt- und Klimaschutz über Stadt- und Raumplanung bis hin zur Beratung von Sportevents. Über 70 deutsche WM-Expertinnen und Experten aus insgesamt 13 deutschen WM-Städten beteiligten sich beispielsweise zur Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika im Rahmen eines Projekts der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)“ an rund 160 Beratungseinsätzen in neun südafrikanischen WM-Austragungsorten. Der Deutsche Städtetag hat Anfang des Jahres einen „Leitfaden für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ herausgegeben, in dem Projekte aus 18 Entwicklungs- und Transformationsländern beschrieben werden. Die Wirkungsstätten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit sind in Süd- und Ostafrika, in Regionen wie dem Kaukasus, den Maghrebstaaten oder im Nahen Osten. Der Leitfaden ist unter: www.staedtetag.de/10/veroeffentlichungen/materialien/index.html erhältlich.

Kommunen sind gefragte Partner der GIZ insbesondere in den Themen Dezentralisierung und Kommunalentwicklung sowie bei der kommunalen Facharbeit vom Klimaschutz über Fragen der Stadtentwicklung bis zur Abwasserwirtschaft. Kommunale Projekte bestehen durch Nachhaltigkeit, so bleiben Kontakte der Städte und der jeweiligen Kollegen bestehen, auch wenn ein Projekt bereits abgeschlossen ist. Experten aus Kommunen haben insbesondere Erfahrung damit, wie

einzelne Projekte in Verwaltungsabläufe eingebunden werden sollen. Kommunen haben hochqualifiziertes Personal, dessen Qualifikationen am Markt nur eingeschränkt verfügbar sind.

III. Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit im Inland

Über 60 Städte haben sich an einer aktuellen Umfrage des Deutschen Städtetages zu den Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit beteiligt, das sind fast 30% der unmittelbaren Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages. Zusammen unterhalten sie rund 130 Partnerschaften mit Städten aus Entwicklungs- und Transformationsländern. Knapp 40% der an der Umfrage beteiligten Städte haben sich in den vergangenen zwei Jahren in Entwicklungs- oder Transformationsländern präsentiert. Sie haben Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt und/oder sich auf Messen und im Rahmen von Kulturveranstaltungen präsentiert. Alle Städte verfolgen bei internationalen Einsätzen auch (mehrfache) Ziele im eigenen Interesse. Ein internationales städtisches Profil und die damit einhergehenden Kontakte zu Partnerländern können Absatzmärkte für heimische Unternehmen öffnen oder Unternehmensansiedlungen begünstigen. Knapp 15% gaben an, die heimische Wirtschaft durch Unternehmensanbahnungen zu fördern. 30% verbinden ihr Engagement mit Wirtschaftskooperationen. Auch das Profil und Image einer Kommune spielt für knapp 30% der an der Umfrage beteiligten Städte eine Rolle: Medien schenken internationalen Aktivitäten von Stadtverwaltungen viel Aufmerksamkeit, das trägt zum Marketing der Stadt bei. 35% der Städte gehen Wissenschaftskooperationen ein. Dass die Bildung einen wichtigen Stellenwert hat, zeigt auch, dass knapp 30% zur entwicklungspolitischen Bildung in ihrer Stadt beitragen wollen. Eine wichtige Eigenmotivation stellt auch der Beitrag der Städte zur Friedensförderung dar. Über 40% wollen im Rahmen ihrer Projekte den Frieden fördern.

IV. Thesen

- Kommunen sind unverzichtbar für eine gute Regierungsführung und nachhaltiges Wachstum. Sicherheit und Entwicklung stehen in einem engen Zusammenhang mit demokratischer Governance und Dezentalisierungsvorhaben.
- Entwicklungszusammenarbeit benötigt kommunale Facharbeit. Auf kommunaler Ebene können die Bedarfe und die benötigten Leistungen im Kräftespiel mit allen lokalen Akteuren wie Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern und der Politik ausgehandelt und sinnvoll zum Interessenausgleich gebracht werden.
- Kommunen müssen systematisch in die staatliche Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden und ihre Expertise sollte unter Ausgleich finanzieller Belastungen in die staatliche Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Hierfür sollten Kommunen in einen strukturierten Dialog mit der Bundesregierung zur Entwicklungszusammenarbeit treten.
- Kommunen sollten darüber hinaus ebenso wie Kirchen und Stiftungen den Zugang zu Fördermitteln erhalten, um innerhalb bestehender Projekt- oder Städtepartnerschaften eigene Vorhaben durchzuführen. Kommunen spielen in der Einen Welt eine wichtige Rolle als Impulsgeber, deshalb sollten sie die Möglichkeit haben, eigene Profile in der Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln.